



# HESSISCHER LANDTAG

25. 04. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen bekämpft entschieden Rechtsextremismus in allen Bereichen der Gesellschaft**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag ist besorgt über die Bestrebungen von Neonazis, in Justizvollzugsanstalten in Hessen und anderen Bundesländern ein Netzwerk zur wechselseitigen Unterstützung rechtsradikaler Häftlinge aufzubauen.
2. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Hessische Landesregierung nach Aufdeckung dieses Netzwerks entschlossen und konsequent gehandelt und die Strukturen in den hessischen Justizvollzugsanstalten in der Entstehung zerschlagen hat. Er begrüßt weiterhin, dass aufgrund der Hinweise Hessens an andere Bundesländer nun auch im dortigen Strafvollzug entsprechend gehandelt wird.
3. Der Hessische Landtag begrüßt die Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die Vertreter der Ministerien der Justiz, Integration und Europa sowie des Innern und für Sport umfasst. Sie wird zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Justizvollzug, Strafverfolgungsbehörden, Verfassungsschutz und Polizei beitragen. Der Landtag ist überzeugt, dass identifizierte Optimierungsmöglichkeiten im Rahmen der Arbeitsgruppe zügig und effizient umgesetzt werden.
4. Der Hessische Landtag bekräftigt seinen Standpunkt, dass jegliche Form von Extremismus, auch vor dem Hintergrund der menschenverachtenden Morde der "Zelle Nationalsozialistischer Untergrund", in unserer Gesellschaft keinen Platz finden darf und mit aller Entschiedenheit und mit allen zur Verfügung stehenden, rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden muss.
5. Der Hessische Landtag lobt in diesem Zusammenhang das seit vielen Jahren intensive Engagement der Hessischen Landesregierung im Kampf gegen rechtsradikale Tendenzen. Mit dem Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus "IKARus" wird professionell und individuell der teilweise schwierige und gefährlich Ausstieg von Ausstiegswilligen der rechtsextremen Szene begleitet. Weitere Maßnahmen wie das hessische Modellprojekt "Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg" oder das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) sind weitere Bausteine des breiten Gesamtengagements der Landesregierung, das durch das hessische Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität - rechts - abgerundet wird.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. April 2013

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Greilich**